



Resolution

Veränderung der Friedens- und Sicherheitspolitik

Das Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur in Friedenszeiten notwendig, sondern auch und besonders in Kriegs- und Krisenzeiten, wo die Gefahr groß ist, dass alte Rollenklischees wiederaufleben. Was in der Innenpolitik gilt, muss ebenso in der Außenpolitik Bestand haben. Zum Beispiel gilt auch für Männer das Recht auf Flucht, sie sollen die freie Entscheidung haben, ob sie kämpfen wollen oder nicht. Und Frauen müssen an allen Verhandlungen über Kriege, Konflikte und den nachfolgenden Frieden beteiligt werden – weil Frieden eben nicht nur Männersache ist.

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) fordert, die einseitig auf Macht und militärische Sicherheit ausgerichtete Politik aufzugeben und die Ziele einer feministischen Politik im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit und der Gleichbehandlung – auf der Grundlage der Menschenrechte – umzusetzen. Dass es notwendig ist, dafür auch im Land einzutreten, zeigen die vielen antidemokratischen Störungen im zurückliegenden Wahlkampf in Niedersachsen.

Der Landesfrauenrat fordert weiterhin, auch in der Landespolitik deutlich zu machen, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg ist, sondern die Abwesenheit von struktureller Gewalt, Unrecht, sexueller Diskriminierung und Existenznot. Auch das Land Niedersachsen unterhält Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern, in denen Frauenrechte missachtet werden, ungerechte Produktionsbedingungen und eingeschränkte Meinungsfreiheit an der Tagesordnung sind. Wir fordern die Vertreter*innen der politischen Parteien auf, sich nachhaltig für gerechte Verhältnisse und Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.

Begründung:

Seit Februar 2022 herrscht in der Ukraine Krieg. Zerstörte Städte, verwundete und getötete Menschen, verzweifelte Auflehnung – wir sehen das in Bildern, was für die Menschen in der Ukraine bittere Realität ist.

Die Bilder über den Kriegsschauplatz haben Auswirkungen auf die Rollenbilder von Frauen und Männern dort und bei uns. Männer erscheinen aktiv und agierend im Kampf oder am Verhandlungstisch. Frauen scheinen wehrlos, suchen mit Kindern und alten Menschen Zuflucht in U-Bahnstationen und Kellern. Die Bilder, die wir sehen, vermitteln uns: Männer kämpfen, Frauen sorgen – auch wenn wir auch um die Sorge von Männern und den Kampf von Frauen wissen. Auch in der Außenpolitik greifen jetzt die alten Muster: Erhöhung der Rüstungsausgaben, neue Pakte mit Unrechtsstaaten (z.B. Katar). Dabei geht es darum, für die Zukunft zu sorgen, Konflikte wie jetzt mit Russland in Zukunft zu vermeiden.

Dass es dafür Möglichkeiten gibt, zeigt die Feministische Außenpolitik (FAP). Sie fordert eine Abkehr vom herkömmlichen Sicherheitsbegriff, der die Notwendigkeit der globalen Aufrüstung propagiert. Stattdessen geht es der FAP um einen positiven Frieden, in dem es das Ziel ist, Armut, Hunger, strukturelle Ungleichheit und Gewalt zu überwinden – auch durch intensive Kooperation mit lokalen Akteurinnen und Akteuren in den sogenannten Entwicklungsländern. Die strikte Einhaltung der Menschenrechte und das konsequente Ahnden der Verstöße sind notwendige Forderungen. Die jahrelange Politik zeigt, wie Wegschauen um wirtschaftlicher und politischer Vorteile willen die Welt nicht sicherer macht.

Gerechten Frieden kann es nur durch die stärkere Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen geben. Untersuchungen zeigen, dass diverse Verhandlungsteams nachhaltigere Ergebnisse am Verhandlungstisch erzielen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dient häufig dazu, die FAP als praxisuntauglich zu diskreditieren. Das ist zu kurz gedacht. Aktuell muss die Ukraine jetzt mit Waffen unterstützt werden. Aber in dieser Situation darf nicht nur das Militär gestärkt werden, sondern es muss genauso Investitionen gegen intersektionale Diskriminierungen geben. Dazu gehören in der Außenpolitik, aber auch in der Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder u.a. der Blick auf Ungleichgewichte in den Wirtschaftsbeziehungen, der Blick auf die Meinungsfreiheit in den Ländern der Handelspartner*innen und der Blick auf Produktionsbedingungen vor Ort. Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft darum, diese Aspekte nicht aus dem Blick zu verlieren.

Literaturhinweise:

Kristina Lunz Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch: Wie globale Krisen gelöst werden müssen, Econ Verlag 2022

Antje Schrupp, Krieg in der Ukraine: Spurensuche zwischen Pazifismus, Linkssein und Feminismus, Neue Wege, April 2022 (nachzulesen unter „Antje Schrupp im Netz“)

Hannover, 12.11.2022

Folgende Mitgliedsverbände stimmen der Resolution zu:

AG Sozialdemokratischer Frauen LV Niedersachsen / AG Sozialdienst Katholischer Frauen Niedersachsen / Arbeitskreis Niedersächsischer Frauen und Kinderschutzhäuser e.V. / Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. / Bundesverband Sekretariat u. Büromanagement e.V., Regionalgruppe Hannover / Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit Landesverband Niedersachsen / Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt Frauen- und Gleichstellungspolitik (4/4) / Deutscher Ingenieurinnenbund e.V. Regionalgruppe Hannover / Deutscher Verband Frau und Kultur e.V. / Ev. Frauenhilfe LV Braunschweig e.V. / FidAR Nordwest e.V. / Hebammenverband Nds. e. V. / Frauenselbsthilfe Krebs e.V. / Jüdischer Frauenverein im LV der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen / Kath. Frauengemeinschaft Deutschlands LAG Niedersachsen (2/2) / Katholischer Deutscher Frauenbund, Diözesanverband Hildesheim / LAG der autonomen Frauenhäuser Niedersachsen / LAG Frauen Bündnis 90/Die Grünen LV Niedersachsen / LAG evangelische Frauen- und Gleichstellungsarbeit in der Konföderation evangelischer Kirchen (4/4) / Landfrauenverband Weser-Ems e.V. / LiN – Lesbisch* in Niedersachsen e.V. / Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e.V. (2/2) / Nika e.V. Nds. Karrierenetzwerk für Frauen im öffentlichen Dienst / Phoenix e.V. / Soroptimist International Clubs in Niedersachsen / Sozialverband Deutschland e.V. Landesverband Niedersachsen (2/3) / Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 7